# Jetzt gilt's zu handeln!

Dresden, 9. September 1932

Am selben Tage, an dem die Vertreter des ADGB mitsamt den Vertretern der übrigen Gewerkschaften sich zum Appell beim Reichsarbeitsminister einfanden, um dort Weisungen für die „Auflockerung" der Tarifverträge entgegenzunehmen, wurde die alarmierende Tatsache bekannt, daß nach ergebnislosen Verhandlungen in der westsächsischen Textilindustrie am kommenden Montag die Schlichterkammer zusammentreten soll, um den Textilarbeitern einen Hungerschiedsspruch zusammenzubrauen. Dabei gedenken die Unternehmer einen doppelten Schlag gegen die sächsischen Textilarbeiter zu führen. Diese sollen erstens von der Schlichtungsmaschine überfahren werden und einen den Unternehmerforderungen entsprechenden Hungerschiedsspruch beschert kriegen und zweitens gedenken die Unternehmer alsdann darüber hinaus vom 16. September ab, die in der Notverordnung enthaltenen Lohnabbaubestimmungen in ihren Betrieben durchzuführen. Das würde dann der Rechnung der Unternehmer entsprechend auf der Grundlage jener Tariflöhne geschehen, die durch die Schlichterkammer am kommenden Montag verordnet werden sollen und die dann natürlich noch weit niedriger sind als die bisher gezahlten Hungerlöhne.

Kurz und gut — die in ihren Lohnabbauplänen schier unersättlichen Textilbarone sagen sich: „Doppelt gemoppelt" und wollen die Textilarbeiter auf diese zweifache Weise schließlich auf einen Lohn bringen, der sich dann kaum noch stark von dem dürftigen Unterstützungssatz Erwerbsloser unterscheiden würde. Denn die Unternehmer haben ja bekanntlich nach dem Wortlaut der Notverordnung — über deren Auswirkung für alle Arbeiter wir auch noch an anderer Stelle ausführlich berichten — die Möglichkeit, einmal den Tariflohn zu unterschreiten, wenn sie die Belegschaftsziffer ihres Betriebes durch Neueinstellung von bisher Erwerbslosen erhöhen und zum anderen, wenn der Betrieb „infolge besonderer Umstände gefährdet" ist.

In diesem Falle kann der Schlichter einen tariflichen Lohnabbau bis zu 20 Prozent diktieren. Das die Textilbarone alle diese Möglichkeiten über den jetzt von ihnen erhofften Hungerschiedsspruch hinaus auszuschöpfen gedenken, beweist eine in der bürgerlichen Presse entfaltete Kampagne der sächsischen Textilindustriellen, die durch Handelskammerberichte und dergleichen mehr, stärkstens unterstützt wird. So werden in der Mittwochausgabe des Berliner Tageblattes zurückhaltende Prognosen für die Chemnitzer Textilindustrie gegeben. Dabei heißt es u. a.: „Der Frage einer scharfen Produktionseinschränkung muß näher getreten werden."

Das ist bereits eine außerordentlich deutliche Anspielung auf „die schwierige Lage" der Textilbetriebe, von der die Textilbarone jetzt noch viel lauter reden werden, um unter Berufung darauf die Möglichkeit der Unterschreitung des Tariflohnes auszunützen, um dann den zweiten Schlag gegen die Textilbetriebe zu führen.

Gerade im Hinblick darauf ist es um so dringender, daß jetzt schon der erste Schlag der Textilindustriellen von den Textilarbeitern pariert werden muß. Das aber setzt voraus, daß die Textilarbeiter die von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie getriebene Politik des Streikbruchs — wenngleich diese Politik auch mit radikal klingenden Phrasen verbrämt wird — durchkreuzen.

In der Linie des Streikbruchs liegt auch die Erklärung des DTV, die zum Abbruch der Verhandlungen im Tarifkonflikt abgegeben wird. Darin heißt es: „Lieber keinen Tarifvertrag, als eine Lohnsenkung." Die SPD-Presse nannte das eine „entschiedene und radikale Erklärung" und sie ist doch dabei nichts anderes, als ein abgefeimter neuer Dreh, mit dem die Bürokratie den Textilindustriellen offensichtlichen Vorschub leistet.

Von der RGO, Industriegruppe Textil, wird uns dazu geschrieben:

Seit der Tarifkündigung in der westsächsischen Textilindustrie am 30. Juni setzt die RGO alle Kräfte daran, um die Textilbelegschaften Sachsens zu mobilisieren für den Kampf um die Abwehr der ungeheuerlichen Lohnraubpläne der Textilindustriellen. Wochenlang hat die Verbandsbürokratie des DTV versucht, den Tarifkonflikt in der Textilindustrie in der Oeffentlichkeit totzuschweigen, um eine Mobilisierung der Textilarbeiter zum Kampf gegen den Lohnraub zu verhindern. Zur gleichen Zeit haben die Gewerkschaftsbeamten des DTV in allen Orten Sachsens und in allen Betrieben alles getan, um eine Kampfmobilisierung der Belegschaften zu hintertreiben und ihre ganze Tätigkeit bestand in der Hetze gegen die RGO und die Opposition im DTV wegen ihrer Mobilisierungsarbeit für den Abwehrkampf der Textilarbeiter.

Wenn jetzt die DTV-Bürokratie radikale Töne redet gegen die Lohnabbauforderungen der Unternehmer, so kommt darin nichts anderes zum Ausdruck, als die Tatsache, daß die Gewerkschaftsbürokraten es nicht wagen können, angesichts der Empörung der Textilarbeiter über den geplanten Lohnabbau, offen dem Lohnabbau zuzustimmen, wie sie es schon in zahllosen anderen Fällen bei Tarifkonflikten durch das Eingehen freiwilliger Vereinbarungen, die einen Lohnabbau vorsahen, getan haben. Diese Kampfmobilisierung der Textilarbeiter ist ein Erfolg der Arbeit der RGO in den letzten Wochen.

Die Bürokraten des DTV erklären, daß sie einem Lohnabbau ihre Zustimmung nicht geben würden. Der entscheidende Satz in der Erklärung der DTV-Bürokratie ist jedoch der, indem die Gewerkschaftsbürokratie den Standpunkt vertritt: „Lieber keinen Tarifvertrag, als eine Lohnsenkung." Wenn einige sozialdemokratische Zeitungen, wie die „Leipziger Volkszeitung" im Kommentar zur Erklärung der DTV-Bürokratie sagt: „Es gibt keine sachlich entschiedenere und radikalere Erklärung als die, die die Gewerkschaftsvertreter bei den Verhandlungen im sächsischen Arbeitsministerium abgegeben haben", so sind die kampfgewillten Textilarbeiter einer anderen Meinung.

**Die Erklärung: „Lieber keinen Tarifvertrag als Lohnsenkung", ist eine offene Verratserklärung.**

Die Gewerkschaftsbürokratie weiß sehr gut, daß, wenn eine Vereinbarung über den Tarifvertrag nicht zustande kommt, der Schlichter den Lohnabbau dekretieren wird. Der Lohnabbau wird also dann eintreten, wenn ihn die sächsischen Textilarbeiter nicht durch die geschlossene Aufnahme des Kampfes gegen jeden Lohnabbau durch Schiedsspruch oder betrieblichen Vorstoß des Unternehmers abwehren. Die Erklärung der Gewerkschaftsbürokratie ist geradezu eine Ermunterung für den Schlichter und für die Textilunternehmer, ihre Lohnraubpläne in die Praxis umzusetzen, um so mehr, da die Gewerkschaftsbürokratie in trauter Gemeinschaft mit den Unternehmern und dem faschistischen Staatsapparat, ihre ganze Aufgabe nur sieht in der Hetze gegen die RGO und die zum Kampf rüstenden Textilarbeiter.

Die Gewerkschaftsbürokraten arbeiten darauf hin, den Lohnabbau durch Schiedsspruch dekretieren zu lassen, die Textilarbeiter an jeder Kampfmobilisierung zu hindern und den Textilarbeitern den Lohnabbau unter Hinweis auf die Ungesetzlichkeit eines Streiks gegen den Schiedsspruch aufzuoktruieren. Diese saubere Tätigkeit der DTV-Bürokratie, der sich hier als der offene Handlanger der Textilunternehmer erweist, muß und wird zerschlagen werden. Die RGO, Industriegruppe Textil, appelliert an alle Belegschaften der sächsischen Textilindustrie, angesichts der ungeheuren Gefahr eines Lohnraubs bis zu 26 Prozent des gegenwärtigen Lohnes, alle Kampfvorbereitungen zu steigern und jeden Lohnabbau, sei er durch Schiedsspruch verordnet, oder durch Maßnahmen der Unternehmer unter Zuhilfenahme der Papennotverordnung angedroht, mit dem Mittel des Streiks abzuwehren und die Lohnraubpläne zu zerschlagen.

**Allen Textilarbeitern, insbesondere den im DTV organisierten Kollegen, ruft die RGO in dieser Stunde höchster Gefahr zu:**

**Mobilisiert alle Belegschaften!**
**Bereitet den Streik!**
**Schafft sofort in allen Betrieben Kampfausschüsse!**
**Schließt die Einheitsfront im Betrieb zum Kampf gegen Bonzen und reformistischen Verrat!**

**Unsere Antwort an die Textilunternehmer und ihre Helfershelfer: Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau!**

# Die Textilbarone fürchten den Streik

## Polizeimobilmachung gegen die Textiler. Hetze gegen die RGO. Jetzt erst recht verstärkte Streikmobilisation!

Unser Schwesterorgan, die „Sächsische Arbeiter-Zeitung", ist in den Besitz nachfolgenden vertraulichen Rundschreibens der sächsischen Textilindustriellen gelangt. Der Industriellenverband schreibt:

„Zum bevorstehenden Lohnkampf in der Textilindustrie machen wir auf folgendes aufmerksam: Die RGO — kommunistische rote Gewerkschaftsopposition — hetzt überall zum Streik. Es ist darauf zu achten, daß jedes Flugblatt und jeder Handzettel verantwortlich gezeichnet sein muß. Für den Fall, daß dies nicht zutrifft, ist sofort den örtlichen Polizeiorganen Meldung zu geben, daß Verhaftung der Flugblattverteiler vorgenommen wird. Die Polizei ist verschiedenen Orts bereits in Kenntnis gesetzt. Wo es noch nicht erfolgt ist, ist dies sofort nachzuholen, damit ein sofortiges Eingreifen gewährleistet ist. Es ist damit zu rechnen, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft der wüsten Hetze der Kommunisten Folge leistet. Von den erscheinenden Flugblättern ist uns sofort ein Exemplar, möglichst in Original, einzusenden, wenn nötig, telegraphische Mitteilung zu geben, damit unserseits die entsprechenden Schritte eingeleitet werden können. Versammlungen im Betrieb sind grundsätzlich zu verbieten. Wo öffentliche Textilarbeiterversammlungen stattfinden, ist die Polizeibehörde darauf aufmerksam zu machen, daß diese Versammlungen unbedingt verboten werden."

Das Rundschreiben zeigt, daß die Unternehmer die Mobilmachung der Arbeiter durch die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition fürchten. Gerade dieses Rundschreiben aber beweist auch vor der ganzen Arbeiterschaft, daß nur die RGO die Arbeiter in den Kampf gegen den Lohnangriff der Unternehmer führt. Deswegen führen die Unternehmer den Polizeikampf gegen die RGO. Sie führen keinen Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie und den DTV. Denn diese Gewerkschaftsbürokratie unterstützt mit ihrer Hetze gegen die RGO das Unternehmertum. Die Sozialdemokratie kämpft gegen die Einheitsaktion, gegen die proletarische Solidarität, gegen die Antifaschistische Aktion im Streikkampf.

**In einzelnen Betrieben wird der Einsatz der Polizei schon in starkem Maße durchgeführt. An der „Gardine", Dobritz, wurden schon drei Flugblattverteiler verhaftet.**

**Die Unternehmerschaft, der faschistische Staatsapparat und die sozialfaschistische DTV-Bürokratie stehen in einer Front gegen die Arbeiter, für den Lohnabbau, sie führen gemeinsam den Hungerangriff gegen das Proletariat.**

**Die Unternehmer fürchten die geschlossene Front der Arbeiter. Die Textilarbeiterschaft wird siegen, wenn sie den Kampf einig und geschlossen aufnimmt. Die Furcht, die aus dem Rundschreiben der Unternehmer hervorgeht, muß Ansporn zum geschlossenen Kampf der ganzen Textilarbeiterschaft sein.**

**Gleichzeitig rief sie die Textilarbeiter auf, gegen Papens Notverordnung Front zu machen.**

In einer am Tage zuvor stattgefundenen Belegschaftsversammlung in einem Lokal waren nur wenige Kolleginnen anwesend. Durch die fliegende Versammlung vor dem Betrieb wurde ein großer Teil der Belegschaft erfaßt.

# Belegschaftsversammlung vor dem Betrieb Woll- und Kammgarn-Spinnerei

**gegen Papen-Notverordnung, für verstärkte Streikmobilisation!**

Dresden, den 8. September.

Heute fand vor dem Betrieb Woll- und Kammgarn-Spinnerei, Dresden, Kleiststraße, nach Arbeitsschluß vor dem Fabrikor eine Betriebsversammlung statt. Von der 150 Mann starken Belegschaft beteiligten sich über 70 Arbeiterinnen und Arbeiter an der Versammlung. Die kurze Rede einer Textilarbeiterin wurde mit Beifall aufgenommen. Die Kollegin behandelte in ihrer Ansprache den Angriff der sächsischen Textilbarone und kennzeichnete das schändliche Verhalten der DTV-Bürokratie.

# Neuer Lohnabbau in der Münsterländer Textilindustrie

**Die Direktion des Textilbetriebes W. van Delden in Ahaus bei Münster, hat durch Anschlag sämtliche Akkordsätze in allen Abteilungen der Weberei gekündigt. Dem Betriebsrat wurde mitgeteilt, daß Akkordsenkungen von 8 bis 17 Prozent durchgeführt werden sollen. Dieser Vorstoß der Firma van Delden ist der Auftakt zu einer neuen Lohnabbauoffensive für die gesamte Münsterländische Textilindustrie.**

Die Textilarbeiter, denen erst vor kurzem durch Schiedsspruch 5 Prozent des Lohnes gekürzt wurden, sind über diese neuen Abbaupläne in großer Erregung. So wie bei den Textilproleten, stoßen jetzt überall die Unternehmer vor, um die Hungerlöhne noch weiter zu kürzen. Der neue Vorstoß der Münsterländer Textilindustriellen beweist, daß die Unternehmer in dem Augenblick, wo es ihnen gelingt, den Hungerlohn einmal abzubauen mit immer neuen Lohnraubforderungen auf den Plan zu treten. Sie sind unersättlich. Deshalb gilt es besonders auch in der sächsischen Textilindustrie dem ewigen Lohnabbau endlich durch die geschlossene Kampffront einen Damm entgegenzustellen und Schluß zu machen mit dem Lohnraub.

# Vor der Verbreiterung des englischen Textilarbeiterstreiks

Berlin, 9. September 1932. (Eig. Drahtbericht).

**Wie aus England gemeldet wird, hat die Abstimmung der Liverpooler Baumwollspinner 31 000 Stimmen für den Streik und nur 1500 dagegen ergeben. Wenn jetzt noch die Spinnereiarbeiter in den Streik treten, so wird sich die Zahl der Streikenden in Lancashire auf eine halbe Million erhöhen.**

# Die Nordböhmischen Textilarbeiter im einheitlichen Abwehrkampf

Prag, den 7. Sept.

Auf Initiative der Betriebsausschüsse von vier großen Textilbetrieben des Reichenberger Gebietes fand eine Einheitskonferenz der Textilarbeiter statt, an der 85 Delegierte der entschiedensten Textilbetriebe des Gebietes teilnahmen. Die Konferenz war zusammengesetzt aus 10 Mitgliedern der reformistischen Gewerkschaft, 4 Deutschsozialen, 3 Nationalsozialisten, 40 Mitgliedern des roten Textilarbeiterverbandes und 29 Unorganisierten. Die Konferenz nahm einstimmig eine Entschließung an, in der die Maßnahmen zur Schaffung der einheitlichen Abwehrfront gegen die Unternehmerangriffe bestimmt werden. Die Konferenz sandte auch eine Begrüßung an die streikenden Textilarbeiter in Lancashire.

# Manöver um die Reichstagsauflösung

## Zentrum und Nazis geben eine gemeinsame Erklärung zum Regierungsschacher

Berlin, 9. September 1932. (Eig. Drahtbericht).

**Die Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und Nazis sind bereits so weit gediehen, daß Zentrum und NSDAP eine zweite gemeinsame Erklärung veröffentlicht haben, in der allerdings nur gesagt wird, daß sich beide Parteien über wirtschaftliche Fragen weitgehend geeinigt hätten. Der Zentrumsführer Joos hat dazu eine öffentliche Erklärung abgegeben, in der es heißt: „Das Ziel unserer gegenwärtigen Besprechungen ist die Schaffung von Möglichkeiten, eine Regierung zu bilden, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützt. Mit einer solchen Regierung kann der Gedanke eines Vertrauenskabinetts (sogenanntes Präsidialkabinett) durchaus in Einklang gebracht werden."**

Nach dem „Lokal-Anzeiger" nimmt die Papenregierung folgenden Standpunkt ein, das Blatt schreibt:

**„Am Montag wird der Reichstag die Regierungserklärung entgegennehmen. Die politische Aussprache soll am Dienstag beginnen. Sollte ein Antrag von den Nationalsozialisten und dem Zentrum noch eingehen und sollten die beiden Parteien erklären, daß sie die Abstimmung über diesen Antrag herbeiführen wollen, dann wird die Regierung den Reichstag sicher auflösen. Sollten aber Zentrum und Nationalsozialisten einer Entscheidung zunächst ausweichen, so wird die Reichsregierung dabei weniger Wert auf die Begründung dieses Ausweichens als auf die Tatsache legen, daß der Reichstag das Kabinett nicht stürzt. Die Regierung wird dann abwarten, ob Zentrum und Nationalsozialisten sich später entschließen, den Sturz des Kabinetts herbeiführen zu wollen. Die Regierung ist der Ansicht, daß sie auch dann, selbst wenn Zentrum und Nationalsozialisten sich auf ein wirkliches Programm geeinigt haben sollten, die Genehmigung zur Auflösung des Reichstages vom Reichspräsidenten erhalten wird.**

**Die Nationalsozialisten und das Zentrum wollen nunmehr die Verhandlungen in Preußen weiterführen. Angeblich soll das Zentrum bereit sein, den Nationalsozialisten den Posten des Ministerpräsidenten zu überlassen."**

Die Papenregierung rechnet also immer noch damit, daß Zentrum und NSDAP, wenn auch unter oppositionellen Phrasen, den Weiterbestand des Reichskabinetts ermöglichen werden.

# Hitlers Koalitions-Bekenntnis

Adolf Hitler hat jetzt wieder im Zirkus Krone in München eine Rede gehalten, die sich von seinen sonstigen Reden deshalb unterscheidet, weil er Mitteilungen über die Politik der Nazipartei gemacht hat, die für die gesamte Arbeiterklasse von größtem Interesse sind. Nach einer Polemik gegen Papen, wobei er aber vorsorglich betonte:

**„Ich bleibe streng verfassungsmäßig!"**

machte Hitler folgendes bedeutsames Eingeständnis:

**„Wenn Papen glaube, daß sich die nationalsozialistischen Anhänger ihm gegenüber neutral verhalten, so sei das eine falsche Spekulation. Die Partei habe sich nur neutral verhalten, so lange er (Hitler) sich neutral verhalten habe."**

Hitler gesteht damit ein, daß er sich Papen gegenüber neutral verhalten, d. h. ihn toleriert hat. Nach diesem Eingeständnis legt Hitler ein offenes Bekenntnis zur Koalitionspolitik ab, indem er ausführte:

**„Man wirft uns vor, wir wollen jetzt plötzlich mit anderen Parteien eine Koalition bilden. Darauf sagen wir: Wir wollen mit anderen Parteien die Rechte des Volkes wahren, wenn es schon nicht anders geht. Wir schrecken vor gar nichts zurück!"**

Um den schlechten Eindruck zu verwischen, den diese Ausführungen bei einem großen Teil der Versammlungsbesucher hinterließen, ging er zu einer blutigen Hetze gegen die Kommunisten über. Zum soundsovielten Male verherrlichte er den feigen **Meuchelmord von Potempa** und beschimpfte den gemordeten Arbeiter Pieczuch, obwohl einwandfrei erwiesen ist, daß dieser nie Insurgent war, als „polnischen Mörder". Nichts kann deutlicher die Situation klären als die Tatsache, daß Hitler, um Eindruck bei seinen Anhängern zu schinden, zu immer tolleren Lügen und Verleumdungen greifen muß.

Ein Teil der Rechtspresse nimmt es Adolf sehr übel, daß er in dieser Rede ganz offen auf den Tod Hindenburgs spekulierte, um „durch die Verfassung" an die Macht zu kommen. Wir sind der Ansicht, daß seine Rechnung so oder so falsch ist; denn schließlich spricht die Arbeiterklasse bei der Frage, ob Hitler zur Macht kommt oder nicht, ein gewichtiges Wort mit.

**Mehr kann man von einer Hitlerrede gewiß nicht verlangen. Der ungeheure Verrat der Nazi führer an den Millionen werktätigen Wählern, der grenzenlose Betrug, die schamlose Verlogenheit der nationalsozialistischen Politik und die ganze Geisteswirrni Hitlers, sein gewerbsmäßiger Größenwahn stehen am Pranger. Kein ehrlicher Arbeiter, kein Werktätiger kann Anhänger einer solchen Partei und solcher Führer sein. Darum Schluß mit der NSDAP! Weg von Hitler, Goebbels und Strasser! Hinein in die antifaschistische [illegible]**

# Ein gutes Beispiel

## aktiver Pressewerbung

lieferte die Ortsgruppe Rabenau. Obwohl sich gerade in diesem Ort die kapitalistische Wirtschaftskrise verheerend auswirkt (dort liegt der einzige Erwerbszweig, die Stuhlindustrie, vollständig brach), gelang es den Genossen

**an einem Tage 300 Volksechos und 40 Exemplare der „Arbeiterstimme"**

umzusetzen. Zahlreiche neue Abonnenten reihten sich in die rote Klassenfront ein. Hier zeigt sich, was bei einer guten Organisierung zur Verbreitung der revolutionären Presse für günstige Resultate erzielt werden können. Wir hoffen, daß dieses Beispiel für die anderen Ortsgruppen anfeuernd wirken wird, um unsere Presse als beste Agitationswaffe an die Massen zu bringen.